

Gesundheitspolitik neu denken Von Österreich nach Europa und retour

Wie können europäische Gesundheitssysteme nachhaltiger gestaltet werden? Wie sieht eine sinnvolle Aufteilung der Gesundheitskompetenzen zwischen der EU und den Mitgliedsländern aus? Wie hängen Gesundheit und Wohlstand einer Gesellschaft zusammen? Darüber diskutierte am 9. April 2015 eine international besetzte Expertenrunde im Rahmen der zweiten gemeinsamen Veranstaltung des IFG (Internationales Forum Gastein) und des FOPI (Forum der forschenden pharmazeutischen Industrie in Österreich) unter dem Motto „Gesundheitspolitik neu denken – Von Österreich nach Europa und retour“.



Bereits zum zweiten Mal organisierten das IFG und das FOPI ein Diskussionsforum mit dem Ziel, die Ergebnisse des 17. European Health Forum Gastein 2015 weiterzuführen. „Gesundheitspolitik neu denken – Von Österreich nach Europa und retour“, so der Titel der Veranstaltung, die zum Denken, Diskutieren und Reflektieren über das Zusammenspiel von Österreich und Europa im Gesundheitsbereich einlud.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 führte in allen Mitgliedsländern der Europäischen Union zu Kostendämpfungen und Ausgabenkürzungen – auch im Gesundheitsbereich. Mit dem 2010 verabschiedeten Wirtschaftsprogramm „Europa 2020“ will die Europäische Union die Krise überwinden und Grundlagen für eine wettbewerbsfähigere Wirtschaft mit mehr Be-

schäftigungsmöglichkeiten legen. Ziel von „Europa 2020“ ist die Schaffung von intelligentem, nachhaltigem und integrativem Wachstum. Alle EU-Länder haben sich zur Verwirklichung der „Europa 2020“-Ziele verpflichtet. Jedes Jahr nimmt die Kommission eine eingehende Analyse der haushaltspolitischen, makroökonomischen und strukturellen Reformpläne der EU-Länder vor und gibt Empfehlungen für die nächsten 12 bis 18 Monate.



Forum der forschenden
pharmazeutischen Industrie
in Österreich

FOPI



Impulsreferat EU-Public Health Expertin Dr. Natasha Azzopardi-Muscat Gesundheitskompetenzen wandern nach Europa

„Als Österreich vor 20 Jahren Mitglied der Europäischen Union wurde, war eine EU-weite Gesundheitspolitik nur formal im Maastricht Vertrag von 1992 verankert. Seither nimmt der Einfluss der EU auf die Gesundheitspolitik und Gesundheitssysteme ihrer Mitgliedstaaten stetig zu“, fasst Dr. Natasha Azzopardi-Muscat, designierte Präsidentin der European Public Health Association (EUPHA), die derzeitige Entwicklung zusammen. Die Gründung der Europäischen Arzneimittelagentur EMA und des Europäischen Zentrums für Prävention und Kontrolle von Krankheiten ECDC sowie EU-weit gültige Richtlinien, wie etwa für den Umgang mit Blut, Gewebe und Organen, machen die zunehmende Zentralisierung der Gesundheitskompetenzen deutlich. Seit der Finanz- und Wirtschafts-

krise trifft der Einfluss der EU auch direkt die Gesundheitssysteme ihrer Mitgliedstaaten. Seit 2011 gibt die Europäische Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters als Teil des „Europa 2020“-Strategieprogramms auch länderspezifische Empfehlungen die Gesundheitssysteme betreffend und evaluiert regelmäßig deren Umsetzung. „Alle Beteiligten in den Gesundheitswesen der Mitgliedstaaten sollten aufmerksam die Entwicklungen auf EU-Ebene verfolgen und sich aktiv bei der Gestaltung der europäischen Gesundheitspolitik einbringen“, rät die Gesundheitsexpertin. „Nur so kann sichergestellt werden, dass die Europäisierung der Gesundheitssysteme nicht einseitig von oben nach unten verordnet wird, sondern in einem Dialog entsteht.“

Um diesen Dialog zu fördern, waren alle Teilnehmer eingeladen, in einer der drei Arbeitsgruppen mitzuarbeiten. Diskutiert wurden Fragestellungen zu

A „Patientenzentrierte Gesundheitsversorgung langfristig gedacht – Potentiale der Gesundheitsförderung und Prävention“
geleitet von Dr. Josef Probst, Generaldirektor des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger

B „Investition in Gesundheit – Beitrag zum Wachstum?“
moderiert von Dr. Erich Eibensteiner, Vize-Präsident FOPI

C „Health in all Policies – Zusammenarbeit Europa und Österreich“
unter der Leitung von Dr. Matthias Wismar, Senior Health Policy Analyst, European Observatory on Health Systems & Policies

Dr. Josef Probst, Generaldirektor des Hauptverbandes Patientenzentrierte Gesundheitsversorgung für gesundheitskompetente Menschen

In Österreich haben wir die Situation, dass die Menschen zwar länger leben, aber rund 25 Jahre mit maßgeblicher gesundheitlicher Beeinträchtigung. Dass das nicht so sein muss, zeigt ein Blick auf Skandinavien. Wir haben Handlungsbedarf bei der Behandlung von chronischen Krankheiten. Probst betont dabei die Potenziale von Prävention, Gesundheitsförderung und patientenzentrierter Gesundheitsversorgung. „Wir sollten uns in Richtung einer emanzipierten Gesellschaft mit gesundheitskompetenten Menschen entwickeln. Ziel ist es, die Patienten unter Einbeziehung ihrer indi-

viduellen gesundheitlichen Bedürfnisse zu befähigen, aktiv an ihrer Behandlung mitzuwirken. Sie sollen Entscheidungen gemeinsam mit dem behandelnden Arzt treffen“, so Dr. Probst. Ein Schritt in die richtige Richtung sei das Konzept der neuen Primärversorgungszentren und -netzwerke in der Gesundheitsreform. „Darüber hinaus müssen wir unsere Lebenswelten im Sinne der WHO weiterentwickeln: Für die Menschen sollen gesunde Entscheidungen im täglichen Leben leicht gemacht werden“.

Senior Health Policy Analyst Dr. Matthias Wismar

Gesunde Gesellschaften sind produktiver und wohlhabender

„Gesunde Gesellschaften sind produktivere Gesellschaften. Die Gesundheit der Menschen erhöht den Wohlstand einer Gesellschaft und entlastet ihr Sozialsystem“, hält Dr. Matthias Wismar, Senior Health Policy Analyst, European Observatory on Health Systems & Policies, fest. Gesundheit und Krankheit werden jedoch wesentlich von Faktoren beeinflusst, die außerhalb der Zuständigkeit der Einrichtungen der Gesundheitsversorgung liegen: Lebensstile, soziale Netzwerke, Lebens- und Arbeitsbedingungen und alle-

meine sozio-ökonomische, kulturelle und Umweltbedingungen. „Einige dieser Faktoren, auch ‚Gesundheitsdeterminanten‘ genannt, können durch Politik verändert werden. Damit dies eine positive Veränderung im Sinne einer besseren Bevölkerungsgesundheit bewirkt, soll Gesundheit in allen Politikfeldern mitgedacht werden“, fordert Wismar. „Das Prinzip ‚Health in All Policies‘ gilt zum Beispiel für die Politikfelder Bildung, Steuern, Umwelt, Entwicklung oder Verkehr.“

FOPI Vize-Präsident Dr. Erich Eibensteiner

Eine nachhaltige Gesundheitspolitik muss neue Modelle der Zusammenarbeit forcieren

Die Ereignisse seit 2008 haben die politischen Entscheidungsträger in vielen europäischen Ländern zu einem Umdenken gezwungen und veraltete Strukturen aufbrechen lassen. Innovative Modelle der Zusammenarbeit und neue Partnerschaften sind entstanden. Nun gilt es, den Wandel voranzutreiben und die Gesundheitssysteme so zu gestalten, dass eine nachhaltige, qualitativ hochwertige Versorgung auch in Zukunft sichergestellt werden kann. „Die Zusammenarbeit zwischen einer Vielzahl von Interessengruppen und die Identifizierung starker gemeinsamer Themen sind wichtig, um Möglichkeiten eines konstruktiven Wan-

dels mithilfe einer neuen Gesundheitsstrategie zu realisieren. Eine bessere Balance zwischen konkurrierenden Zielen muss gefunden, Innovationen gefördert werden, bei gleichzeitiger Kontrolle der Gesundheitsausgaben“, ist Dr. Erich Eibensteiner überzeugt. Die Zukunft der Gesundheit erfordert neue Arbeitsansätze und die Entwicklung einer richtigen Art von „Leadership“ für ein neues Zeitalter. Hier kann die pharmazeutische Industrie als Partner Wissen einbringen. Gemeinsam gilt es, Chancen und Potentiale zu nützen zur nachhaltigen Verbesserung der Gesundheit aller.

Schulterschluss zwischen allen Akteuren des Gesundheitswesens

Um ein *intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum* zu generieren – wie bei *Europa 2020* vorgesehen – benötigen wir einen breit angelegten Schulterschluss zwischen sämtlichen Akteuren des Gesundheitswesens – von der Politik zu medizinischen Einrichtungen bis zu Selbsthilfegruppen und Sozialeinrichtungen, von der Pharmaindustrie zu Leistungsempfängern bis zu jenen, die diese finanzieren. Hier verstehen sich das IFG und das FOPI einmal mehr als Dialogpartner, die Entscheider zusammenbringen, um konstruktiv Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

Im Gesundheitsmagazin „vielgesundheit.at“ finden Sie Interviews mit den Experten der Veranstaltung:

<http://bit.ly/FOPI-EHFG2015>

Am 9. April 2015 diskutierte eine international besetzte Expertenrunde im Rahmen der zweiten gemeinsamen Veranstaltung des IFG und des FOPI unter dem Motto „Gesundheitspolitik neu denken – Von Österreich nach Europa und retour“.



Über das EHFG

EHFG: Das European Health Forum Gastein ist der führende gesundheitspolitische Kongress in der EU und findet jährlich statt. Er bietet eine Plattform und Gelegenheit für Entscheidungsträger im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens, sich über aktuelle Gesundheitsfragen auszutauschen. Jährlich kommen im Gasteiner Tal rund 600 ExpertInnen aus ganz Europa und darüber hinaus zusammen, um die wichtigen aktuellen Themen der Gesundheitspolitik zu diskutieren.

Über das FOPI

Das Forum der forschenden pharmazeutischen Industrie FOPI ist die österreichische Interessenvertretung von 27 internationalen Pharmaunternehmen mit Fokus auf Forschung und Entwicklung. Als Partner im Gesundheitswesen setzt sich das FOPI für den Zugang zu innovativen Arzneimitteln und damit für die bestmögliche medizinische Versorgung in Österreich ein. Im Dialog mit Patientenorganisationen, Verschreibern und Kostenträgern trägt das FOPI dazu bei, drängende gesellschaftliche Probleme zu lösen.